

26. Juni 2013
37/13

Pressedienst

Aktuelle Bevölkerungsumfrage für Hamburg:

Vertrauen in Politik und Finanzen nimmt ab

Das Forschungslabor der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg hat in seiner aktuellen Bevölkerungsumfrage, dem „Hamburg-BUS“, Einstellungen von Hamburgs Bürgerinnen und Bürgern zu den Themen Finanzen, Politik und Energie ermittelt: Trotz andauernder EU-Finanzkrise hält die große Mehrheit der Hamburger am Euro fest. Die absolute Mehrheit der SPD ist bedroht, die Grünen legen deutlich zu. Eine leichte Mehrheit gibt es bei den Hamburgern für den Rückkauf der Energienetze. Die Ergebnisse im Einzelnen:

Finanzen:

Dem Andauern der EU-Finanzkrise zum Trotz halten die Hamburgerinnen und Hamburger am Euro fest. Bei der Frage, ob die D-Mark wieder eingeführt werden solle, antworteten nur 18% der Befragten mit „Ja“, 82% der Befragten möchten dagegen den Euro behalten.

Die anhaltende Eurokrise mindert allerdings das Vertrauen in Finanzinstitutionen. So vertrauen weniger als die Hälfte der Befragten (47%) der Europäischen Zentralbank. Noch weniger, nämlich nur ein Drittel der Befragten (33%) vertraut den privaten Geschäftsbanken. Sparkassen und Volksbanken können sich positiv absetzen, ihnen vertrauen zwei Drittel (64%) der Befragten.

Politik:

Ähnliches gilt für wichtige politische Institutionen. Je weiter entfernt eine politische Institution von Hamburg ist, desto geringer ist das Vertrauen in sie. Dem Europäischen Parlament vertrauen so nur etwa die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt (52%), beim Bundestag sind es bereits fast zwei Drittel (65%). Den wichtigsten Institutionen der Stadt vertrauen dagegen fast drei Viertel der Befragten, nämlich 75% bei der Bürgerschaft 74% beim Senat.

Die guten Werte des Senates widerspiegeln sich auch in den aktuellen Wahlabsichten der Hamburgerinnen und Hamburger. Dennoch gilt: Wenn gegenwärtig die Bürgerschaft neu gewählt würde, könnte die SPD ihre absolute Mehrheit verlieren. 43% der Befragten würden der Senatspartei ihre Stimmen geben, das ist ein Verlust von rund 5% gegenüber der Wahl von 2011. Die CDU steht weiter bei ca. 21% und damit beinahe unverändert beim letzten Wahlergebnis. Die Grünen würden sich mit momentan rund 18% deutlich gegenüber der Wahl 2011 (11%) verbessern. Leicht zulegen würde auch die Linkspartei mit einem Stimmanteil von ca. 8% (6,4% bei der letzten Wahl). Die FDP müsste die frisch erworbenen Sitze in der Bürgerschaft wohl wieder abgeben, sie käme nur auf 4%

der Stimmen gegenüber 6,7% bei der letzten Wahl. Die Piratenpartei käme ebenfalls auf 4% (2,1% im Jahre 2011), die NPD auf 0%.

Der weiterhin große Abstand der SPD zu den anderen Parteien wird zu einem guten Teil vom Ersten Bürgermeister Olaf Scholz getragen. Im direkten Vergleich der Persönlichkeiten schlägt Scholz den Oppositionsführer im Rathaus Dietrich Wersich (CDU) in allen Kategorien. So halten 90% der Bürgerinnen und Bürger Scholz für verantwortungsbewusst (Wersich 75%), 92% halten ihn für hanseatisch (Wersich 74%) und 85% der Befragten halten Scholz für sympathisch (Wersich 66%). Tatkräftig finden Scholz 69%, Wersich schätzen nur 49% der Befragten so ein. Die Bewertungen sind aber nur ein Problem, Dietrich Wersich muss sich vor allem mehr um seinen Bekanntheitsgrad sorgen. Während vier Fünftel der Befragten (81%) eine Meinung zum ersten Bürgermeister abgaben, traute sich nicht einmal ein Drittel (30%) zu, die Persönlichkeit des CDU-Fraktionschefs zu beurteilen.

Energie:

Dem guten Ruf zum Trotz muss sich in Sachen Energienetze der Senatschef auf Widerstand einstellen. 58% der Befragten stimmen der Forderung der Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ zu, dass die Stadt Hamburg das gesamte Stromnetz vom Energiekonzern Vattenfall zurückkaufen soll. Lediglich 42% der Befragten würden für die Vorlage des Hamburger Senats stimmen, die von allen Bürgerschaftsfraktionen mit Ausnahme der Linken unterstützt wird. 18% der Rückkaufbefürworter ändern allerdings ihre Meinung, wenn sie die Information berücksichtigen, dass der Rückkauf die Stadt etwa 1,5 Mrd. Euro kosten würde. Die Zustimmung zur Volksinitiative fällt dann auf ca. 48%.

Für den Hamburg-BUS (Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) werden Daten in regelmäßigen Abständen zu Einstellungen, Verhalten und Sozialstruktur der Hamburger Bevölkerung erhoben. In telefonischen Interviews wird eine Stichprobe von circa 700 Einwohnerinnen und Einwohnern der Metropole, die 16 Jahre oder älter sind, befragt. Diese Stichprobe wird mit einem Zufallsverfahren für die Bestimmung von Telefonnummern festgelegt. Aufgrund dieser Zufallsauswahl können die Antworten der Befragten als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung Hamburgs angesehen werden.

Weitere Informationen und Tabellen:

www.wiso.uni-hamburg.de/forschung/forschungslabor/aktuell

www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/einrichtungen/forschungslabor/PM_long_HH-BUS_II_20130626.pdf

Für Rückfragen:

Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Institut für Politikwissenschaft
Tel.: 040 42838-5964
Mobil: 0152 271 407 54
Email: kai-uwe.schnapp@wiso.uni-hamburg.de